

Kai Hofmann

# Assistenzsysteme in der Industrie 4.0

Arbeitsrechtliche und beschäftigtendatenschutzrechtliche  
Fragestellungen in einem automatisierten Arbeitsumfeld



**Nomos**

## Der Elektronische Rechtsverkehr

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Alexander Roßnagel und  
Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M.  
in Zusammenarbeit mit  
dem TeleTrusT Deutschland e.V.

Band 45

Kai Hofmann

# Assistenzsysteme in der Industrie 4.0

Arbeitsrechtliche und beschäftigendatenschutzrechtliche  
Fragestellungen in einem automatisierten Arbeitsumfeld



**Nomos**

Veröffentlicht mit finanzieller Unterstützung der Universität Passau.

Die Open-Access-Gebühr wurde durch den Publikationsfonds der  
Universitätsbibliothek Passau übernommen.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Passau, Univ., Diss., 2020

1. Auflage 2021

© Kai Hofmann

Publiziert von  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden  
[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8096-9

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2514-9

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748925149>



Onlineversion  
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung  
– Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

*Meiner Tochter Adele*



## Vorwort der Herausgeber

Die Digitalisierung der Arbeitswelt und insbesondere der produzierenden Industrie (in Deutschland „Industrie 4.0“, im Ausland überwiegend „Industrial Internet“ genannt) ist eines der Themen, die aktuell in Deutschland sowohl wirtschaftspolitisch als auch betriebswirtschaftlich, informatisch und rechtswissenschaftlich am stärksten diskutiert werden. Durch den Einzug des Internets in physische Welten („Internet der Dinge“) werden innovative Geschäftsmodelle ermöglicht. Beispiele bilden eine kundenspezifische Produktindividualisierung oder das vernetzte, betriebsübergreifende Zusammenarbeiten entlang von Wertschöpfungsketten und -netzwerken. Der Einsatz von Sensoren und Aktuatoren in miniaturisierter Form führt zu einer außerordentlich umfassenden Datenerhebung und -verarbeitung sowie zu vielfältigen Formen der Interaktion zwischen Menschen, Maschinen, Produkten und anderen Objekten.

Wie viele andere technische Innovationen ruft diese Entwicklung Chancen und Risiken zugleich hervor, und wie bei anderen Innovationen können diese ungleich verteilt sein. Während bewegliche Unternehmen, änderungswillige Beschäftigte und der Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt ganz erheblich profitieren können, bergen datenbasierte Geschäftsmodelle und die umfassende Erhebung von Produktionsdaten das Risiko der Bildung von Persönlichkeitsprofilen und einer umfassenden Kontrollierbarkeit der Beschäftigten bis hin zur Dystopie einer Totalüberwachung. Aus rechtswissenschaftlicher Sicht wirft dies die Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit der Industrie 4.0 und – spezieller – die nach den Anforderungen an ihre technische Gestaltung auf. Beides führt in ein eng miteinander verflochtenes Gewebe aus arbeitsrechtlichen und datenschutzrechtlichen Normen. Die damit verbundenen Fragen des Beschäftigtendatenschutzes werden zwar seit langer Zeit diskutiert, sind jedoch in vielen Bereichen nach wie vor ungelöst. Eine umfassende Konkretisierung auf Assistenzsysteme in der Industrie 4.0 fehlt bislang völlig. Überdies hat die im Jahre 2018 in Kraft getretene europäische Datenschutzreform etliche Rechtsfragen auf die europäische Ebene gehoben, andere einem komplizierten Geflecht aus europäischen und nationalen Rechtsgrundlagen unterworfen.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr verdienstvoll, dass Herr Hofmann sich in seiner Arbeit der Aufgabe gestellt hat, den Beschäftigtendatenschutz in

der Industrie 4.0 am Beispiel von Assistenzsystemen umfassend zu untersuchen, dabei sowohl grundrechtlich als auch einfachgesetzlich zu systematisieren und schließlich konkrete Gestaltungsvorgaben abzuleiten.

Besonders hervorzuheben ist die neuartige Verbindungslinie zwischen Arbeitsrecht und Datenschutzrecht, die in der Arbeit eingeschlagen wird. Ein zentraler Streitpunkt des Beschäftigtendatenschutzrechts ist, wie eng oder weit die Anforderungen der Datenminimierung und der Erforderlichkeit zu ziehen sind: Sollen die Entscheidungen des Arbeitgebers stark kontrolliert werden, indem eine strenge Erforderlichkeitsprüfung angelegt wird, die leicht in eine Kontrolle der zentralen betrieblichen Entscheidung münden kann? Soll umgekehrt ein weiter Erforderlichkeitsmaßstab angelegt werden, der die bloße Nützlichkeit für betriebliche Zwecke akzeptiert, dabei aber Gefahr läuft, die Interessen der Beschäftigten zu opfern? Herr Hofmann stellt dieses Problem vom datenschutzrechtlichen Kopf auf die arbeitsrechtlichen Füße, indem er eine strikte Trennung zwischen der Kontrolle der Zwecksetzung einerseits, der Erforderlichkeitsprüfung andererseits vorschlägt: Der Zweck und seine rechtliche Zulässigkeit sind kein Problem des Datenschutzrechts, sondern liegen außerhalb, hier nämlich im Bereich des Arbeitsrechts (beispielsweise bei der Kontrolle des Weisungsrechts des Arbeitgebers). Wenn das Arbeitsrecht den Zweck akzeptiert, ist dieser auch datenschutzrechtlich zu akzeptieren, wird dann jedoch in seiner Umsetzung den spezifischen datenschutzrechtlichen Schutzinstrumenten, vor allem hinsichtlich der datenschutzfreundlichen Gestaltung unterworfen. Diese differenzierte Herangehensweise ermöglicht praxisgerechte Lösungen für ein nach wie vor hochumstrittenes Rechtsproblem.

Anerkennenswert und in Fortführung der technikorientierten Anlage der Arbeit konsequent ist der ebenfalls enthaltene Fokus auf Fragen der Technikgestaltung. Die risikoorientierten Kriterien des Art. 25 DSGVO werden zunächst abstrakt und sodann konkret für die Industrie 4.0 erläutert. Neue Perspektiven ergeben sich durch den Vergleich mit der Festlegung technischer Standards im Arbeitsrecht. Besonders instruktiv sind außerdem die Konkretisierungen auf verschiedene Typen persönlicher Assistenzsysteme.

Indem Herr Hofmann Arbeits- und Datenschutzrecht in innovativer Weise miteinander verzahnt, schafft er nicht nur ein neues wissenschaftliches Bewertungsraster, sondern ermöglicht auch angemessene praktische Lösungen im Spannungsfeld zwischen technischem Fortschritt, unternehmerischer Freiheit und Persönlichkeitsrechten der Beschäftigten. Indem er neue, bisher nicht oder wenig diskutierte Fragen wie die automatisierte Ausübung des Direktionsrechts oder die datenschutzrechtliche Verant-



wortlichkeit in Wertschöpfungsnetzwerken untersucht, legt er die Grundlage für die vorausschauende Bewertung zentraler Rechtsfragen, die durch die technischen Innovationen der Industrie 4.0 aufgeworfen werden. Indem er schließlich konkrete technische Lösungen erarbeitet, gelingt es ihm auf der Basis einer Vielzahl von Publikationen zu den Rechtsfragen der Industrie 4.0, auf die drängenden Fragen der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit, noch mehr jedoch auf die der datenschutzkonformen Gestaltung der technischen Innovationen in der digitalisierten Arbeitswelt der Zukunft innovative und praxisgerechte Antworten zu formulieren.

In der Zukunft werden die Herausforderungen noch größer werden, zentrale Werte und normative Anforderungen bei dem Bemühen zu berücksichtigen, den Produktionsstandort Deutschland fit für die Zukunft zu machen. Die mit dem Wissenschaftspreis der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V. (GDD) 2020 ausgezeichnete Arbeit kann hierfür einen wichtigen Beitrag leisten.

Kassel, im Dezember 2020

*Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M.*



## Vorwort des Autors

Ein Gespenst geht um in Europa – es ist das Gespenst der Digitalisierung. Kaum ein Schreckensszenario, kaum eine Verheißung, mit denen es noch nicht in Verbindung gebracht worden ist. Arbeitsplatzverlust und gläserne (Rest-)Belegschaften, für die nur entwertete Tätigkeiten übrigbleiben, stehen enorme Effizienzgewinne und die Rückverlagerung industrieller Produktion in Hochlohnländer gegenüber. Nur eines scheint sicher: Die Digitalisierung wird – ja sie muss – weiter voranschreiten und die Arbeitswelt nachhaltig verändern.

Bei aller Übertreibung wird an dieser Gegenüberstellung deutlich, dass die Entwicklungspfade der Digitalisierung und Automatisierung im Hinblick auf das Arbeitsumfeld nicht vorgezeichnet sind. Diese Entwicklungsoffenheit der technischen Neuerungen bietet zwar erhebliche Chancen, birgt zugleich aber die Gefahr später unlösbarer Konflikte. Da diese innovationshemmenden Konflikte vielfach auch rechtlicher Art sein werden, ist eine rechtswissenschaftliche Begleitung bereits in der Entwicklung angezeigt. Die Rolle von Juristen bleibt so nicht darauf beschränkt, mit den Auswirkungen technischer Neuerungen umzugehen. Indem ein rechtskonformer Entwicklungskorridor aufgezeigt wird, können Innovationen auch von Seiten der Rechtswissenschaft aktiv gefördert werden.

In der Begleitung des Innovationsprozesses ist es nicht die Aufgabe der Rechtswissenschaft, die sich anbahnenden Konflikte zu bewältigen. Sie soll nur die Instrumente entwerfen, mit denen die Beteiligten ihre Interessensgegensätze auflösen oder entscheiden können. Sich dieser Beschränkung gewahr zu sein, ist im Kontext des Beschäftigungsverhältnisses besonders relevant und hat für mich den Reiz des Themas ausgemacht. Der Spielraum für Verhandlungslösungen – eine datenschutzrechtliche Einwilligung oder eine einzelvertragliche Regelung – ist hier stark eingeschränkt. Gerade die Interessenabwägung gewinnt so an Bedeutung. Dies hat zur Folge, dass man sich nicht auf formale Vorgaben beschränken kann, sondern auch materielle Anforderungen festlegen muss. Hier operationalisierbare Vorgaben zu formulieren, ohne gleichsam die eigenen Vorstellungen zur Zweckdienlichkeit einfließen zu lassen, ist ein Spagat, der mir hoffentlich gelungen ist.

Die vorliegende Arbeit ist im Wesentlichen während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Passau und Kassel ent-

standen. Sie wurde im Frühjahr 2020 von der Universität Passau als Dissertation angenommen. Neuere Rechtsprechung und Literatur sind bis August 2020 berücksichtigt.

Mein Dank gilt zuallererst meinem Doktorvater Prof. Dr. Gerrit Hornung. Er hat mich nicht nur an das Thema herangeführt und mit seinem kollegialen Führungsstil eine im umfassendsten Sinne menschengerechte Arbeitsatmosphäre geschaffen, welche die Entstehung dieses Werks erst ermöglicht hat. Mit seiner konstruktiven Kritik und seinen zahllosen förderlichen Denkanstößen hat er die Arbeit auch auf ein höheres Niveau gehoben und mein juristisches Denken maßgeblich geprägt.

Herrn Prof. Dr. Frank Bayreuther danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Gedankt sei auch der Universität Passau für ihre großzügige Publikationsförderung, den Freunden und Förderern der Rechtswissenschaft an der Universität Passau e.V. für ihren Preis für besondere Promotionsleistungen sowie der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V. (GDD) dafür, dass sie diese Arbeit mit ihrem Wissenschaftspreis 2020 gewürdigt hat.

Meine Verbundenheit gilt meinen Kollegen in Passau und Kassel, insbesondere Dr. Korbinian Hartl, Dr. Stephan Schindler, Dr. Stephan Sädtler, Helmut Lurtz, Dr. Bernd Wagner, Constantin Herfurth, Dr. Magdalena Schmidt, Dr. Thilo Goeble und Anja Benner. Sie haben die Arbeit mit ihren kritischen Anmerkungen begleitet und waren hilfreiche Gesprächspartner, wenn es darum ging, Ideen zu prüfen, Gedankengänge auszuformulieren oder den Arbeitsalltag aufzulockern.

Schließlich möchte ich meiner Familie danken, die mich während der langen und mitunter nicht einfachen Zeit der Entstehung dieser Arbeit stets unterstützt hat. Gerade meine Tochter hat mir dabei immer wieder geholfen, die Prioritäten richtig zu setzen. Ihr ist die Arbeit darum gewidmet.

Dresden, im April 2021

*Kai Hofmann*

# Inhaltsübersicht

|  |     |
|--|-----|
| Abkürzungsverzeichnis  | 41  |
| Zusammenfassung  | 43  |
| 1 Untersuchungsgegenstand  | 47  |
| 1.1 Unterbau: Ubiquitous Computing und das Internet der Dinge                  | 48  |
| 1.2 Industrie 4.0  | 58  |
| 1.3 Assistenzsysteme in der Industrie 4.0                                      | 69  |
| 2 Der arbeitsrechtliche Rahmen der Automatisierung des Arbeitsumfelds          | 74  |
| 2.1 Die arbeitssoziologische Diskussion  | 75  |
| 2.2 Verfassungsrechtliche Vorgaben   | 76  |
| 2.3 Das Prinzip der menschengerechten Gestaltung der Arbeit im einfachen Recht | 116 |
| 2.4 Das Weisungsrecht des Arbeitgebers   | 189 |
| 2.5 Fazit zum arbeitsrechtlichen Rahmen der Automatisierung                    | 232 |
| 3 Beschäftigtendatenschutz   | 238 |
| 3.1 Das Verhältnis von europäischen und deutschen Datenschutzrecht             | 239 |
| 3.2 Primärrechtliche Vorgaben  | 256 |
| 3.3 Anwendbarkeit des sekundärrechtlichen Datenschutzrechts                    | 314 |
| 3.4 Grundlegende Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung                      | 353 |
| 3.5 Verfassungsrechtliche Vorgaben   | 471 |
| 3.6 Folgen für das sekundär- und einfachgesetzlichen Datenschutzrecht          | 484 |
| 3.7 Fazit zum Beschäftigtendatenschutz   | 575 |

## *Inhaltsübersicht*

|   |     |
|---|-----|
| 4 Abschließende Bewertung   | 582 |
| 4.1 Die Entwicklungsszenarien der Arbeit und die Rolle der Assistenzsysteme | 582 |
| 4.2 Die Bindungswirkung im Arbeitsrecht                                     | 583 |
| 4.3 Die Bindungswirkung im Datenschutzrecht                                 | 584 |
| 4.4 Keine Umsetzungshindernisse durch das Recht                             | 585 |
| Literaturverzeichnis  | 587 |

# Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| Abkürzungsverzeichnis  | 41 |
| Zusammenfassung  | 43 |
| Technische und arbeitssoziologische Grundlagen                             | 43 |
| Arbeitsrecht   | 43 |
| Beschäftigtendatenschutz   | 44 |
| 1 Untersuchungsgegenstand  | 47 |
| 1.1 Unterbau: Ubiquitous Computing und das Internet der Dinge              | 48 |
| 1.1.1 Ubiquitous Computing   | 49 |
| 1.1.2 Das Internet der Dinge   | 50 |
| 1.1.2.1 Begriffsgeschichte und Interpretationen                            | 51 |
| 1.1.2.1.1 Auto-ID und EPC  | 52 |
| 1.1.2.1.2 Bedeutung des „Internets der Dinge“                              | 53 |
| 1.1.2.1.3 Unterschied zum Ubiquitous Computing                             | 54 |
| 1.1.2.2 Anwendungsbeispiele  | 54 |
| 1.1.2.2.1 Speicher   | 55 |
| 1.1.2.2.2 Vernetzung   | 56 |
| 1.1.2.2.3 Kooperation  | 57 |
| 1.2 Industrie 4.0  | 58 |
| 1.2.1 Automatisierung in der Produktion und Logistik                       | 59 |
| 1.2.1.1 Transparenz und Entscheidung                                       | 60 |
| 1.2.1.2 Automatisierung durch dezentrale Steuerung und Selbstkonfiguration | 61 |
| 1.2.1.3 Flexiblere Produktion  | 62 |
| 1.2.2 Unternehmensübergreifender Austausch                                 | 63 |
| 1.2.3 Die Rolle des Menschen in der Industrie 4.0                          | 64 |
| 1.2.3.1 Die spezifischen Fähigkeiten des Menschen                          | 64 |
| 1.2.3.2 Szenarien der Mensch-Technik-Interaktion                           | 65 |
| 1.2.3.2.1 Polarisierung – „Automatisierungsszenario“                       | 66 |

|  |    |
|--|----|
| 1.2.3.2.2 Allgemeine Aufwertung –<br>„Werkzeugszenario“                          | 68 |
| 1.3 Assistenzsysteme in der Industrie 4.0  | 69 |
| 1.3.1 Gesteigerte Anforderungen an Beschäftigte                                  | 70 |
| 1.3.2 Übersicht zu Assistenzsystemen   | 71 |
| 1.3.3 Potenzieller Ablauf eines Arbeitstags                                      | 72 |
| 2 Der arbeitsrechtliche Rahmen der Automatisierung des<br>Arbeitsumfelds         | 74 |
| 2.1 Die arbeitssoziologische Diskussion  | 75 |
| 2.2 Verfassungsrechtliche Vorgaben   | 76 |
| 2.2.1 Wirkung der Grundrechte im Arbeitsverhältnis                               | 77 |
| 2.2.1.1 Bindungswirkung durch verfassungskonforme<br>Auslegung                   | 78 |
| 2.2.1.2 Schutzpflichten des Staates  | 80 |
| 2.2.1.3 Konkurrenz und Kollision betroffener<br>Grundrechte                      | 81 |
| 2.2.2 Die Berufsfreiheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer                        | 82 |
| 2.2.2.1 Personeller Schutzbereich  | 82 |
| 2.2.2.2 Einheitlicher sachlicher Schutzbereich                                   | 83 |
| 2.2.2.3 Konkurrenzen   | 85 |
| 2.2.2.3.1 Zu den Grundrechten des<br>Arbeitnehmers                               | 85 |
| 2.2.2.3.2 Zu der Eigentumsgarantie nach<br>Art. 14 Abs. 1 GG für den Arbeitgeber | 86 |
| 2.2.2.4 Eingriffe in die Berufsfreiheit  | 87 |
| 2.2.2.5 Schranken der Berufsfreiheit – Drei-Stufen-<br>Lehre                     | 88 |
| 2.2.2.6 Beeinträchtigungen durch die Automatisierung<br>des Arbeitsumfelds       | 89 |
| 2.2.2.6.1 Zuordnung zu den Eingriffsstufen                                       | 90 |
| 2.2.2.6.1.1 Typische Eingriffe durch den<br>Arbeitgeber                          | 90 |
| 2.2.2.6.1.2 Änderung des Berufsbilds nicht<br>geschützt                          | 91 |
| 2.2.2.6.2 Recht auf einen weisungsfreien<br>Eigenbereich                         | 92 |
| 2.2.2.6.2.1 Private Gestaltungsmacht   | 92 |



|             |  |     |
|-------------|--|-----|
| 2.2.2.6.2.2 | Beschränkung auf ein Verbot der Unverhältnismäßigkeit                      | 93  |
| 2.2.2.6.2.3 | Beispiel Kündigungsrecht   | 94  |
| 2.2.2.6.2.4 | Übertragung auf das Weisungsrecht  | 95  |
| 2.2.2.6.3   | Interesse an zumutbaren Arbeitsbedingungen                                 | 95  |
| 2.2.2.7     | Fazit zur Berufsfreiheit   | 97  |
| 2.2.3       | Die übrigen Grundrechte des Arbeitnehmers                                  | 97  |
| 2.2.3.1     | Körperliche Unversehrtheit   | 98  |
| 2.2.3.1.1   | Typische Gefährdungen in der Industrie 4.0                                 | 98  |
| 2.2.3.1.2   | Staatliche Schutzpflichten   | 100 |
| 2.2.3.2     | Allgemeines Persönlichkeitsrecht   | 102 |
| 2.2.3.2.1   | Wirkung im Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer                     | 103 |
| 2.2.3.2.1.1 | Unterschiedliche „Einfallstore“ ins Arbeitsverhältnis                      | 103 |
| 2.2.3.2.1.2 | Unterschiedliche Reichweite  | 105 |
| 2.2.3.2.2   | Der Beschäftigungsanspruch des Arbeitnehmers                               | 106 |
| 2.2.3.2.2.1 | Grundrechtliche Herleitung   | 107 |
| 2.2.3.2.2.2 | Voraussetzungen und Reichweite   | 108 |
| 2.2.3.2.3   | Menschengerechte Gestaltung der Arbeit                                     | 109 |
| 2.2.3.2.3.1 | Unterschiedliches Begriffsverständnis                                      | 110 |
| 2.2.3.2.3.2 | Begründungsansätze für ein Recht auf menschengerechte Arbeit               | 111 |
| 2.2.3.2.3.3 | Voraussetzungen und Reichweite   | 112 |
| 2.2.3.3     | Menschenwürde  | 113 |
| 2.2.4       | Fazit zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben                               | 115 |
| 2.3         | Das Prinzip der menschengerechten Gestaltung der Arbeit im einfachen Recht | 116 |
| 2.3.1       | Der arbeitswissenschaftliche Begriff                                       | 117 |
| 2.3.2       | Arbeitsschutzrecht   | 118 |
| 2.3.2.1     | Die Systematik des Arbeitsschutzrechts                                     | 119 |

|               |  |     |
|---------------|--|-----|
| 2.3.2.2       | Der arbeitsschutzrechtliche Begriff der menschengerechten Gestaltung | 120 |
| 2.3.2.2.1     | Schutzziele  | 121 |
| 2.3.2.2.2     | Relevanz für die spezifischen Gefährdungen der Industrie 4.0         | 122 |
| 2.3.2.3       | Maschinensicherheit  | 122 |
| 2.3.2.3.1     | Die grundlegenden Anforderungen der Maschinenrichtlinie              | 123 |
| 2.3.2.3.1.1   | Risikobeurteilung  | 123 |
| 2.3.2.3.1.2   | Materielle Anforderungen   | 124 |
| 2.3.2.3.2     | Genauere Anforderungen durch (harmonisierende) technische Normen     | 125 |
| 2.3.2.3.2.1   | Zustandekommen und Wirkungsweise harmonisierender Normen             | 125 |
| 2.3.2.3.2.2   | Technische Spezifikationen und Sicherheitsempfehlungen für Roboter   | 126 |
| 2.3.2.3.3     | Menschengerechte Gestaltung  | 127 |
| 2.3.2.4       | Technischer Arbeitsschutz  | 128 |
| 2.3.2.4.1     | Die Grundpflichten des Arbeitgebers                                  | 128 |
| 2.3.2.4.2     | Regelungskonzept   | 130 |
| 2.3.2.4.2.1   | Schutzziele  | 130 |
| 2.3.2.4.2.2   | Normative Standards  | 131 |
| 2.3.2.4.2.3   | Technische Regeln  | 132 |
| 2.3.2.4.2.3.1 | Bindungswirkung technischer Regeln                                   | 133 |
| 2.3.2.4.2.3.2 | Reichweite der Bindungs- und Vermutungsregelung                      | 134 |
| 2.3.2.4.3     | Gefährdungsbeurteilung   | 135 |
| 2.3.2.4.4     | Menschengerechte Gestaltung  | 136 |
| 2.3.2.4.4.1   | Allgemeine Regelungen im Arbeitsschutzgesetz                         | 136 |
| 2.3.2.4.4.2   | Materielle Anforderungen speziell zur Verwendung von Arbeitsmitteln  | 137 |
| 2.3.2.4.4.3   | Regelungen zur Gefährdungsbeurteilung                                | 138 |

|               |   |     |
|---------------|---|-----|
| 2.3.2.5       | Abwägungsfestigkeit im Arbeitsschutzrecht                         | 139 |
| 2.3.2.5.1     | Striktes Minimierungsgebot bei Gefahren                           | 140 |
| 2.3.2.5.2     | Abwägung bei Gefährdungen   | 140 |
| 2.3.2.6       | Rechtsdurchsetzung und Verletzungsfolgen                          | 141 |
| 2.3.2.6.1     | Behördliche Anordnungen zum Arbeitsschutz                         | 141 |
| 2.3.2.6.2     | Privater Arbeitsschutz  | 142 |
| 2.3.3         | Betriebsverfassungsrecht  | 143 |
| 2.3.3.1       | Regelungskonzept  | 144 |
| 2.3.3.2       | Beteiligungsrechte im Bereich des gesetzlichen Arbeitsschutzes    | 145 |
| 2.3.3.2.1     | Grundsätze des Mitbestimmungsrechts nach § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG | 146 |
| 2.3.3.2.1.1   | Grundsätzliche Anforderungen an Rahmenvorschriften                | 147 |
| 2.3.3.2.1.2   | Generalklauseln als Rahmenvorschrift                              | 148 |
| 2.3.3.2.2     | Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der menschengerechten Gestaltung | 150 |
| 2.3.3.2.2.1   | Umfassender Gefährdungsschutz                                     | 150 |
| 2.3.3.2.2.2   | Detailliertere Regelungen zur menschengerechten Gestaltung        | 151 |
| 2.3.3.3       | Beteiligungsrechte im Bereich des autonomen Arbeitsschutzes       | 152 |
| 2.3.3.3.1     | Umfassendes Verständnis der menschengerechten Gestaltung          | 153 |
| 2.3.3.3.2     | Das Beteiligungsrecht nach § 90 BetrVG                            | 154 |
| 2.3.3.3.2.1   | Voraussetzungen für die Beteiligung                               | 154 |
| 2.3.3.3.2.1.1 | Die einzelnen Beteiligungstatbestände                             | 155 |
| 2.3.3.3.2.1.2 | Ausmaß der Änderungen und Initiativrecht                          | 156 |
| 2.3.3.3.2.2   | Unterrichtung und Beratung  | 157 |

|               |  |     |
|---------------|--|-----|
| 2.3.3.3.3     | Das Mitbestimmungsrecht nach § 91 BetrVG                                 | 158 |
| 2.3.3.3.3.1   | Voraussetzungen für die Mitbestimmung                                    | 158 |
| 2.3.3.3.3.1.1 | Nicht menschengerechte Änderung des Arbeitsumfelds                       | 159 |
| 2.3.3.3.3.1.2 | Besondere Belastung  | 159 |
| 2.3.3.3.3.2   | Rechte des Betriebsrats  | 161 |
| 2.3.4         | Rücksichtnahmepflichten des Arbeitgebers                                 | 163 |
| 2.3.5         | Abgrenzung der beiden einfachgesetzlichen Begriffe                       | 164 |
| 2.3.5.1       | Abgrenzung bei gesundheitsbezogener menschengerechter Gestaltung         | 164 |
| 2.3.5.1.1     | Kollektivarbeitsrecht  | 165 |
| 2.3.5.1.2     | Individualarbeitsrecht   | 166 |
| 2.3.5.2       | Abgrenzung zwischen psychischer Gesundheit und Persönlichkeitsentfaltung | 166 |
| 2.3.5.2.1     | Handlungsfelder und Maßnahmen im autonomen Arbeitsschutz                 | 167 |
| 2.3.5.2.2     | Psychische Gesundheit  | 168 |
| 2.3.5.2.2.1   | Gefährdungen   | 168 |
| 2.3.5.2.2.2   | Schutzmaßnahmen  | 169 |
| 2.3.5.2.3     | Überschneidungen der beiden Bereiche                                     | 170 |
| 2.3.5.2.3.1   | Ebenenschema und die Einordnung im Arbeitsschutzrecht                    | 171 |
| 2.3.5.2.3.2   | Zuordnung der Maßnahmen  | 172 |
| 2.3.5.2.3.3   | Abstufung nach Schutzpflichten   | 174 |
| 2.3.5.2.4     | Konkurrenzverhältnis des gesetzlichen und des autonomen Arbeitsschutzes  | 174 |
| 2.3.5.2.4.1   | Kollektivarbeitsrecht  | 175 |
| 2.3.5.2.4.2   | Individualarbeitsrecht   | 176 |
| 2.3.6         | Zwischenfazit zur menschengerechten Gestaltung als Rechtspflicht         | 177 |
| 2.3.6.1       | Gesundheitsbezogene menschengerechte Gestaltung der Arbeit               | 177 |
| 2.3.6.2       | Persönlichkeitsrelevante menschengerechte Gestaltung der Arbeit          | 178 |
| 2.3.6.3       | Unterschiedlicher Abwägungsfestigkeit                                    | 179 |

|             |   |     |
|-------------|---|-----|
| 2.3.7       | Potenziale und Anforderungen an Assistenzsysteme in der Industrie 4.0   | 179 |
| 2.3.7.1     | Die Gestaltung der Arbeitsmittel  | 180 |
| 2.3.7.1.1   | Ergonomische Gestaltung der Assistenzsysteme                            | 180 |
| 2.3.7.1.2   | Kollaborative Roboter als Schutzmaßnahme zur ergonomischeren Gestaltung | 181 |
| 2.3.7.1.3   | Keine oder negative Auswirkungen auf die Persönlichkeitsförderlichkeit  | 182 |
| 2.3.7.2     | Gestaltungsmöglichkeiten und Gefährdungen für die Arbeit selbst         | 183 |
| 2.3.7.2.1   | Unterschiedliche Entwicklungslinien                                     | 184 |
| 2.3.7.2.2   | Wirkung der Pflicht zur menschengerechten Gestaltung der Arbeit         | 185 |
| 2.3.7.2.2.1 | Senkung der psychischen Belastung                                       | 186 |
| 2.3.7.2.2.2 | Persönlichkeitsförderliche Gestaltung                                   | 186 |
| 2.4         | Das Weisungsrecht des Arbeitgebers                                      | 189 |
| 2.4.1       | Das Wesen des Weisungsrechts  | 189 |
| 2.4.2       | Inhalt und Grenzen  | 190 |
| 2.4.3       | Rechtsfolgen einer rechtswidrigen oder unbilligen Weisung               | 191 |
| 2.4.4       | Kontrollumfang  | 193 |
| 2.4.4.1     | Unternehmerische Entscheidung aus sachlichem Grund                      | 193 |
| 2.4.4.2     | Billigkeitskontrolle der konkreten Weisung                              | 195 |
| 2.4.4.3     | Entscheidungsspielraum des Arbeitgebers                                 | 195 |
| 2.4.5       | Weisungen zum Inhalt der Arbeitsleistung                                | 196 |
| 2.4.5.1     | Allgemeine Anforderungen  | 197 |
| 2.4.5.1.1   | Niveau der Tätigkeit  | 197 |
| 2.4.5.1.2   | Detaillierungsgrad und Billigkeitskontrolle                             | 198 |
| 2.4.5.2     | Änderung des Anforderungsprofils in der Industrie 4.0                   | 199 |
| 2.4.5.3     | Folgen für die Art der Tätigkeit  | 200 |
| 2.4.5.3.1   | Stetiger Wandel des Berufsbilds   | 200 |
| 2.4.5.3.2   | Fachkenntnisse  | 201 |

|             |   |     |
|-------------|---|-----|
| 2.4.5.3.3   | Selbständigkeit der<br>Aufgabenwahrnehmung                          | 202 |
| 2.4.6       | Ordnungs- und Kontrollmaßnahmen                                     | 203 |
| 2.4.6.1     | Kontrollmaßnahmen allgemein   | 203 |
| 2.4.6.2     | Leistungs- und Anwesenheitskontrollen                               | 204 |
| 2.4.7       | Die automatisierte Ausübung des Direktionsrechts                    | 205 |
| 2.4.7.1     | Diskutierte Fallkonstellationen                                     | 206 |
| 2.4.7.1.1   | People Analytics  | 206 |
| 2.4.7.1.2   | Selbstorganisierte Planung der<br>Arbeitszeit                       | 207 |
| 2.4.7.1.2.1 | Arbeitszeit   | 207 |
| 2.4.7.1.2.2 | Prozessoptimierung durch<br>künstliche Intelligenz                  | 208 |
| 2.4.7.1.3   | Zwischenfazit   | 209 |
| 2.4.7.2     | Die Übertragbarkeit des Weisungsrechts                              | 210 |
| 2.4.7.3     | Problematische technische Eigenschaften                             | 212 |
| 2.4.7.3.1   | Komplexe regelbasierte Systeme                                      | 212 |
| 2.4.7.3.1.1 | Deterministisch chaotisches<br>Verhalten                            | 212 |
| 2.4.7.3.1.2 | Schwierige Dokumentation und<br>Nachvollziehbarkeit                 | 213 |
| 2.4.7.3.2   | Maschinelles Lernen   | 214 |
| 2.4.7.4     | Der Charakter einer Maschinenerklärung                              | 215 |
| 2.4.7.4.1   | Deterministische Systeme  | 216 |
| 2.4.7.4.2   | Nichtdeterministische Systeme                                       | 217 |
| 2.4.7.4.2.1 | Autonomie und Intentionalität                                       | 218 |
| 2.4.7.4.2.2 | Wirkungslosigkeit der<br>Zurechnungsbegrenzung<br>gegenüber Dritten | 220 |
| 2.4.7.4.2.3 | Fehlende Haftungsmasse des<br>Agenten                               | 221 |
| 2.4.7.4.2.4 | Zwischenfazit   | 222 |
| 2.4.7.5     | Die mögliche Vorgesetzteneigenschaft eines IT-<br>Systems           | 222 |
| 2.4.7.5.1   | Die Schadensabwendungspflicht des<br>Arbeitnehmers                  | 223 |

|             |   |     |
|-------------|---|-----|
| 2.4.7.5.2   | Die eingeschränkte Pflicht,<br>überschreitende Weisungen nicht zu<br>befolgen | 224 |
| 2.4.7.5.2.1 | Grundsätzlich keine eingehende<br>Prüfungspflicht                             | 225 |
| 2.4.7.5.2.2 | Prüfpflicht nur in<br>Ausnahmefällen  | 225 |
| 2.4.7.5.2.3 | Allgemeine Prüfpflicht nur bei<br>Vertrauensstellung                          | 226 |
| 2.4.7.6     | Billigkeitskontrolle und<br>Diskriminierungskontrolle der Weisungen           | 227 |
| 2.4.7.6.1   | Vorhersehbarkeit und<br>Nachvollziehbarkeit von<br>Entscheidungen             | 227 |
| 2.4.7.6.1.1 | Programmtechnische<br>Beschränkungen auf rechtmäßige<br>Entscheidungen        | 228 |
| 2.4.7.6.1.2 | Nachvollziehbarkeit von<br>Entscheidungen                                     | 228 |
| 2.4.7.6.2   | Gesamtverantwortung des<br>Arbeitgebers                                       | 229 |
| 2.4.7.7     | Fazit zur Automatisierung des Weisungsrechts                                  | 230 |
| 2.4.8       | Fazit zum Weisungsrecht   | 231 |
| 2.5         | Fazit zum arbeitsrechtlichen Rahmen der Automatisierung                       | 232 |
| 2.5.1       | Arbeitsvertragliche Begrenzung  | 233 |
| 2.5.2       | Berufsfreiheit und Persönlichkeitsrecht des<br>Beschäftigten                  | 233 |
| 2.5.3       | Körperliche Unversehrtheit  | 235 |
| 2.5.3.1     | Schutz der physischen Gesundheit  | 235 |
| 2.5.3.2     | Schutz der psychischen Gesundheit   | 236 |
| 2.5.3.3     | Abwägungsmaßstab und Konsequenzen   | 237 |
| 3           | Beschäftigtendatenschutz  | 238 |
| 3.1         | Das Verhältnis von europäischen und deutschen<br>Datenschutzrecht             | 239 |
| 3.1.1       | Die Öffnungsklauseln zum Beschäftigtendatenschutz                             | 240 |
| 3.1.2       | Der Sockel europarechtlicher Vorgaben   | 241 |

|             |   |     |
|-------------|---|-----|
| 3.1.3       | Der Spielraum und die Anforderungen für die<br>mitgliedstaatliche Regelung  | 242 |
| 3.1.3.1     | Mindest- oder Vollharmonisierung  | 243 |
| 3.1.3.2     | Anforderungen in Art. 88 DS-GVO   | 244 |
| 3.1.4       | Die Regelung zum Beschäftigtendatenschutz in § 26<br>BDSG 2018 im Überblick | 245 |
| 3.1.5       | Die Nutzung des Ermessensspielraums in § 26<br>BDSG 2018                    | 246 |
| 3.1.5.1     | Einwilligung und Kollektivvertrag § 26 Abs. 1<br>S. 2 ff. BDSG 2018         | 247 |
| 3.1.5.2     | Die Nutzung des Ermessensspielraums in § 26<br>Abs. 1 S. 1 BDSG 2018        | 248 |
| 3.1.5.2.1   | Die allgemeinen Anforderungen an<br>Umsetzungsakte                          | 250 |
| 3.1.5.2.2   | Die besonderen Anforderungen an die<br>Regelungstiefe des Umsetzungsakts    | 250 |
| 3.1.5.2.3   | Potenziell taugliche Umsetzungsakte   | 251 |
| 3.1.5.2.4   | Die Bestimmtheit der Rechtsprechung<br>des Bundesarbeitsgerichts            | 252 |
| 3.1.5.2.5   | Zwischenergebnis  | 255 |
| 3.1.6       | Ausdehnung des Anwendungsbereichs   | 255 |
| 3.2         | Primärrechtliche Vorgaben   | 256 |
| 3.2.1       | Grundsätze des Grundrechtsschutzes in der EU                                | 256 |
| 3.2.1.1     | Adressaten der Grundrechte  | 257 |
| 3.2.1.2     | Drittwirkung  | 258 |
| 3.2.1.3     | Die Bedeutung von Rechtserkenntnisquellen                                   | 259 |
| 3.2.2       | Anwendbarkeit und das Verhältnis zu<br>mitgliedstaatlichen Grundrechten     | 260 |
| 3.2.2.1     | Das Verhältnis der EU-Grundrechte zu<br>nationalen Grundrechten             | 261 |
| 3.2.2.1.1   | Der Anwendungsvorrang des<br>Unionsrechts                                   | 262 |
| 3.2.2.1.1.1 | Der autonom europarechtliche<br>Ansatz                                      | 262 |
| 3.2.2.1.1.2 | Der verfassungsrechtliche Ansatz  | 263 |
| 3.2.2.1.2   | Die Rolle der EU-Grundrechte beim<br>Anwendungsvorrang                      | 263 |



|             |  |     |
|-------------|--|-----|
| 3.2.2.2     | Die Durchführung des Unionsrechts in<br>Öffnungsklauseln   | 265 |
| 3.2.2.2.1   | Die Problematik der<br>Öffnungsklauseln im<br>Beschäftigtendatenschutz   | 266 |
| 3.2.2.2.2   | Die unterschiedlichen Ansätze der<br>obersten Gerichte   | 267 |
| 3.2.2.2.2.1 | Die kumulative Anwendung<br>nach dem Europäischen<br>Gerichtshof   | 267 |
| 3.2.2.2.2.2 | Die eingeschränkte<br>Trennungsthese des<br>Bundesverfassungsgerichts  | 269 |
| 3.2.2.3     | Probleme bei Grundrechtskollisionen  | 272 |
| 3.2.2.3.1   | Die Nichtanwendbarkeit des<br>Meistbegünstigungsprinzips   | 273 |
| 3.2.2.3.2   | Verfahrensrechtlicher<br>Abgrenzungsversuch bei<br>Grundrechtskollisionen  | 274 |
| 3.2.2.3.3   | Materiellrechtlicher<br>Abgrenzungsversuch bei<br>Grundrechtskollisionen   | 275 |
| 3.2.2.3.3.1 | Begrenzter Vorrang des<br>mitgliedstaatlichen Rechts   | 275 |
| 3.2.2.3.3.2 | Der Wesensgehalt der EU-<br>Grundrechte als Grenze   | 276 |
| 3.2.2.3.3.3 | Notwendige Nutzung der<br>Öffnungsklausel  | 277 |
| 3.2.2.4     | Zwischenergebnis zum anwendbaren Recht im<br>Beschäftigtendatenschutz  | 278 |
| 3.2.2.5     | Die Anwendung nationaler Grundrechte im<br>Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Grundlagen<br>des Beschäftigungsverhältnisses | 278 |
| 3.2.2.5.1   | Kompetenzverteilung und<br>Regelungskonzept im<br>Datenschutzrecht   | 279 |
| 3.2.2.5.2   | Folgerungen für die Anwendbarkeit<br>der Grundrechte   | 281 |
| 3.2.2.6     | Zusammenfassung zur Anwendbarkeit der<br>Grundrechte   | 283 |

|           |   |     |
|-----------|---|-----|
| 3.2.3     | Das Recht der Beschäftigten auf Schutz personenbezogener Daten        | 284 |
| 3.2.3.1   | Grundrechtskonstellationen ohne speziellen Bezug zu Assistenzsystemen | 285 |
| 3.2.3.2   | Das Verhältnis der einzelnen Grundrechte im Datenschutz               | 286 |
| 3.2.3.2.1 | Die Rolle der Europäischen Menschenrechtskonvention                   | 286 |
| 3.2.3.2.2 | Dopplungen nach aktueller Rechtslage                                  | 288 |
| 3.2.3.3   | Schutzgewährleistung des Grundrechts                                  | 289 |
| 3.2.3.3.1 | Der Anknüpfungspunkt des personenbezogenen Datums                     | 290 |
| 3.2.3.3.2 | Die Art der Verarbeitung  | 291 |
| 3.2.3.3.3 | Die Wirkung der Einwilligung  | 292 |
| 3.2.3.4   | Abwägungsfestigkeit des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten     | 293 |
| 3.2.3.4.1 | Die Schranken-Schranken nach Art. 52 Abs. 1 GRC                       | 293 |
| 3.2.3.4.2 | Spezifische Anforderungen nach Art. 8 Abs. 2 EMRK                     | 297 |
| 3.2.3.4.3 | Spezifische Anforderungen nach Art. 8 Abs. 2 GRC                      | 298 |
| 3.2.3.5   | Kriterien zur Bestimmung der Eingriffstiefe                           | 299 |
| 3.2.3.5.1 | Betroffener Lebensbereich   | 300 |
| 3.2.3.5.2 | Umfang und Art der Verarbeitung                                       | 301 |
| 3.2.3.5.3 | Die Qualität des Personenbezugs und das Interesse hieran              | 302 |
| 3.2.3.5.4 | Zahl der betroffenen Personen und der Verarbeiter                     | 304 |
| 3.2.3.5.5 | Transparenz und Zuverlässigkeit der Verarbeitung                      | 305 |
| 3.2.3.5.6 | Die möglichen Folgen der Verarbeitung                                 | 306 |
| 3.2.4     | Die unternehmerische Freiheit des Arbeitgebers                        | 307 |
| 3.2.4.1   | Schutzbereich und Eingriffe   | 308 |
| 3.2.4.2   | Rechtfertigung  | 309 |
| 3.2.5     | Ausgleich der grundrechtsgeschützten Positionen                       | 310 |
| 3.2.5.1   | Konsequenzen grundsätzlich verschiedener Grundrechtsbindungen         | 310 |

|             |   |     |
|-------------|---|-----|
| 3.2.5.2     | Die Abwägung mit Wirtschaftsgrundrechten im Allgemeinen     | 312 |
| 3.2.5.3     | Besonderheiten des Beschäftigungsverhältnisses              | 313 |
| 3.3         | Anwendbarkeit des sekundärrechtlichen Datenschutzrechts     | 314 |
| 3.3.1       | Personenbezogene Daten                                      | 315 |
| 3.3.1.1     | Daten statt Informationen                                   | 315 |
| 3.3.1.2     | Informationen über eine Person                              | 316 |
| 3.3.1.2.1   | Eindeutige Fälle: Gesamtheit von Personen und Inhaltelement | 317 |
| 3.3.1.2.2   | Grenzfälle: Zweckelement und Ergebniselement                | 318 |
| 3.3.1.3     | Die Identifikation einer Person                             | 319 |
| 3.3.1.3.1   | Informationen und Merkmale                                  | 320 |
| 3.3.1.3.2   | Anforderungen an die Merkmale                               | 321 |
| 3.3.1.4     | Die Identifizierbarkeit einer Person                        | 322 |
| 3.3.1.4.1   | Allgemeiner Maßstab   | 323 |
| 3.3.1.4.2   | Zusatzwissen bei demselben Verantwortlichen                 | 325 |
| 3.3.1.4.3   | Zusatzwissen Dritter  | 326 |
| 3.3.1.4.3.1 | Die Relativität des Personenbezugs                          | 327 |
| 3.3.1.4.3.2 | Zur Berücksichtigung rechtlich unzulässiger Mittel          | 328 |
| 3.3.1.4.3.3 | Anforderungen an Verarbeitungsverbote                       | 329 |
| 3.3.1.4.3.4 | Das Verbotsprinzip als relevante Grenze                     | 330 |
| 3.3.1.4.3.5 | Die Bedeutung vertraglicher Verbote                         | 331 |
| 3.3.1.4.3.6 | Positive Mittel zur Identifizierung                         | 332 |
| 3.3.1.4.3.7 | Zusammenfassung   | 334 |
| 3.3.2       | Sonstiger sachlicher und räumlicher Anwendungsbereich       | 334 |
| 3.3.3       | Datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit                    | 335 |
| 3.3.4       | Anwendbarkeit bei Assistenzsystemen                         | 336 |
| 3.3.4.1     | Personalisierte Systeme                                     | 336 |
| 3.3.4.2     | Gezielte Datenerhebung über eine Person                     | 337 |

|             |  |     |
|-------------|--|-----|
| 3.3.4.3     | Vornehmlich maschinen- oder betriebsbezogene Daten                       | 338 |
| 3.3.4.3.1   | Ungezielte Verarbeitung  | 338 |
| 3.3.4.3.2   | Daten ohne gezielten Personenbezug                                       | 340 |
| 3.3.4.4     | Anonymisierung   | 341 |
| 3.3.4.5     | Pseudonymisierung  | 341 |
| 3.3.4.5.1   | Interne Pseudonymisierung  | 342 |
| 3.3.4.5.2   | Externe Pseudonymisierung  | 343 |
| 3.3.4.6     | Selbstkontrolle des Beschäftigten  | 344 |
| 3.3.4.7     | Kamerabasierte Erfassung   | 345 |
| 3.3.4.7.1   | Potenziell identifizierende Merkmale                                     | 346 |
| 3.3.4.7.2   | Erkennungsleistung des Verantwortlichen                                  | 347 |
| 3.3.4.7.2.1 | Der sachliche Anwendungsbereich bei kamerabasierter Erfassung            | 347 |
| 3.3.4.7.2.2 | Eingeschränkte Bedeutung der Erkennungsleistung im Beschäftigungskontext | 349 |
| 3.3.4.7.2.3 | Automatisierte Systeme und Systeme mit Schnittstellen nach außen         | 350 |
| 3.3.4.7.2.4 | Systeme ohne automatisierte Erkennung oder Schnittstellen                | 351 |
| 3.3.4.7.3   | Fazit zur kamerabasierten Erfassung                                      | 353 |
| 3.4         | Grundlegende Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung                    | 353 |
| 3.4.1       | Die Grundsätze des Datenschutzrechts                                     | 354 |
| 3.4.1.1     | Die Funktion der Grundsätze  | 354 |
| 3.4.1.2     | Zweckbindung   | 355 |
| 3.4.1.2.1   | Anforderungen an die Zwecksetzung  | 356 |
| 3.4.1.2.1.1 | Festgelegt und eindeutig   | 356 |
| 3.4.1.2.1.2 | Legitim  | 357 |
| 3.4.1.2.1.3 | Gesamtbetrachtung  | 358 |
| 3.4.1.2.2   | Das Verhältnis der Vereinbarkeit zu anderen Prinzipien                   | 359 |
| 3.4.1.2.3   | Zweckändernde Weiterverarbeitung   | 360 |
| 3.4.1.2.3.1 | Gegenstand der Vereinbarkeitsprüfung                                     | 360 |
| 3.4.1.2.3.2 | Funktion der Vereinbarkeitsprüfung                                       | 361 |

|               |  |     |
|---------------|--|-----|
| 3.4.1.2.3.3   | Die Prüfung der<br>zweckändernden<br>Weiterverarbeitung                                  | 362 |
| 3.4.1.2.3.3.1 | Rechtsgrundlage  | 363 |
| 3.4.1.2.3.3.2 | Zwecksetzung   | 365 |
| 3.4.1.2.3.3.3 | Prüfung anhand der<br>übrigen Grundsätze   | 365 |
| 3.4.1.2.3.3.4 | Die eigentliche<br>Vereinbarkeitsprüfung als<br>letztes Korrektiv                        | 366 |
| 3.4.1.2.3.4   | Konsequenzen für die<br>Konkretisierung des Zwecks                                       | 367 |
| 3.4.1.2.4     | Das Verhältnis von Zweck und<br>Rechtsgrundlage  | 368 |
| 3.4.1.2.4.1   | Verschärfte Problematik im<br>Arbeitsverhältnis  | 368 |
| 3.4.1.2.4.2   | Konkretisierung nur bei vielen<br>Erlaubnistatbeständen zwingend<br>bzw. nicht notwendig | 369 |
| 3.4.1.2.4.3   | Einbeziehung weiterer<br>Grundrechte   | 370 |
| 3.4.1.2.5     | Zwischenfazit  | 373 |
| 3.4.1.3       | Datenminimierung   | 373 |
| 3.4.1.3.1     | Gegenstand der Datenminimierung  | 374 |
| 3.4.1.3.2     | Die Erheblichkeit oder die Eignung<br>eines Mittels                                      | 375 |
| 3.4.1.3.3     | Das notwendige Maß der<br>Datenverarbeitung  | 376 |
| 3.4.1.3.3.1   | Eingriffsintensität  | 376 |
| 3.4.1.3.3.2   | Maßstab für die gleiche Eignung<br>des Mittels   | 377 |
| 3.4.1.3.4     | Der Begriff der Angemessenheit   | 379 |
| 3.4.1.3.4.1   | Inhalt der<br>Angemessenheitsprüfung   | 379 |

|                 |  |     |
|-----------------|--|-----|
| 3.4.1.3.4.2     | Das Verhältnis zu den Erlaubnistatbeständen  | 380 |
| 3.4.1.3.4.2.1   | Die Angemessenheitsprüfung in Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b DS-GVO                  | 381 |
| 3.4.1.3.4.2.1.1 | Die Struktur der Erlaubnistatbestände  | 381 |
| 3.4.1.3.4.2.1.2 | Die angemessene Ausgestaltung der vertraglichen Pflichten                          | 382 |
| 3.4.1.3.4.2.1.3 | Allgemeine Rücksichtnahmepflichten   | 383 |
| 3.4.1.3.4.2.1.4 | Ergebnis   | 384 |
| 3.4.1.3.4.2.2   | Die Angemessenheitsprüfung in den übrigen Erlaubnistatbeständen                    | 385 |
| 3.4.1.3.4.3     | Der Maßstab der Angemessenheitsprüfung   | 386 |
| 3.4.1.3.4.3.1   | Unterscheidung nach Erlaubnistatbeständen  | 386 |
| 3.4.1.3.4.3.2   | Orientierung an Verkehrssitten   | 387 |
| 3.4.1.3.5       | Fazit: In der Regel kein Optimierungsgebot   | 388 |
| 3.4.1.4         | Das Zusammenspiel von Zweckbindung und Datenminimierung                            | 389 |
| 3.4.1.4.1       | Die Problemstellung  | 389 |
| 3.4.1.4.1.1     | Unklarer Ausgangspunkt für die Prüfung der Datenverarbeitung zur Vertragserfüllung | 390 |
| 3.4.1.4.1.2     | Problem bei Assistenzsystemen  | 390 |
| 3.4.1.4.1.3     | Berücksichtigung eines ggf. bestehenden Entscheidungsspielraums                    | 391 |

|                 |  |     |
|-----------------|--|-----|
| 3.4.1.4.2       | Ansatzpunkte für die Konkretisierung der Anforderungen aus Zweckbindung und Datenminimierung | 392 |
| 3.4.1.4.2.1     | Festlegen konkreter Zwecke   | 392 |
| 3.4.1.4.2.2     | Konkretisierung des Erforderlichkeitsmaßstabs  | 393 |
| 3.4.1.4.2.3     | Verlagerung in die Angemessenheitsprüfung  | 394 |
| 3.4.1.4.3       | Inhärente Grenzen der Konkretisierung  | 394 |
| 3.4.1.4.4       | Zwecksetzung bei der Verarbeitung zur Vertragserfüllung                                      | 395 |
| 3.4.1.4.4.1     | Die AGB-Kontrolle als Umgehungsschutz  | 397 |
| 3.4.1.4.4.2     | Der Konkretisierungsspielraum des Verantwortlichen   | 398 |
| 3.4.1.4.5       | Erforderlichkeitsprüfung   | 399 |
| 3.4.1.4.5.1     | Eingriffsintensität  | 400 |
| 3.4.1.4.5.2     | Eignung des Mittels  | 400 |
| 3.4.1.4.6       | Stärkung der Zweckbindung  | 401 |
| 3.4.1.4.7       | Zwischenfazit: Konsequenzen für die Konkretisierung der Anforderungen                        | 403 |
| 3.4.1.4.8       | Beispiel eines einfachen Lebenssachverhalts  | 404 |
| 3.4.1.4.8.1     | Zahlungspflicht des Käufers  | 404 |
| 3.4.1.4.8.2     | Eigentumsverschaffungspflicht des Verkäufers   | 405 |
| 3.4.1.4.8.2.1   | Zulässigkeit der Datenübermittlung an einen Frachtführer                                     | 405 |
| 3.4.1.4.8.2.2   | Wahl des Empfängers der Datenübermittlung  | 406 |
| 3.4.1.4.8.2.2.1 | Erheblicher Mehraufwand für datensparsame Lösung   | 407 |
| 3.4.1.4.8.2.2.2 | Vergleichbarer Aufwand für datensparsame Lösung  | 408 |

|               |   |     |
|---------------|---|-----|
| 3.4.1.5       | Transparenz   | 408 |
| 3.4.1.5.1     | Allgemeine Anforderungen  | 409 |
| 3.4.1.5.2     | Direkterhebungsgrundsatz  | 410 |
| 3.4.1.5.3     | Verdeckte Datenerhebung   | 410 |
| 3.4.1.5.3.1   | Ansätze zu Abgrenzung von<br>Art. 13 und 14 DS-GVO                              | 411 |
| 3.4.1.5.3.2   | Abgrenzung nach der<br>Datenquelle  | 412 |
| 3.4.1.5.3.3   | Grundsätzlicher Ausschluss der<br>verdeckten Erhebung von<br>Beschäftigtendaten | 413 |
| 3.4.1.5.3.4   | Ausnahmen für die verdeckte<br>Erhebung von<br>Beschäftigtendaten               | 414 |
| 3.4.1.5.3.5   | Umsetzung für Assistenz- und<br>Produktionssysteme                              | 417 |
| 3.4.1.6       | Die sonstigen Grundsätze  | 418 |
| 3.4.1.6.1     | Rechtmäßigkeit  | 418 |
| 3.4.1.6.2     | Treu und Glauben im Übrigen   | 420 |
| 3.4.1.6.3     | Richtigkeit   | 420 |
| 3.4.1.6.4     | Speicherbegrenzung  | 421 |
| 3.4.1.6.5     | Integrität und Vertraulichkeit  | 423 |
| 3.4.1.6.6     | Rechenschaftspflicht  | 423 |
| 3.4.2         | Datensparsamkeit und Datenschutz durch<br>Technikgestaltung                     | 424 |
| 3.4.2.1       | Das Konzept der Datensparsamkeit im alten<br>Recht                              | 424 |
| 3.4.2.1.1     | Gemeinsames Ziel  | 426 |
| 3.4.2.1.2     | Ansatzpunkt der Datenminimierung<br>bzw. des Erforderlichkeitsprinzips          | 426 |
| 3.4.2.1.3     | Ansatzpunkt der Datensparsamkeit  | 427 |
| 3.4.2.1.3.1   | Gestaltung und Auswahl von<br>Datenverarbeitungssystemen                        | 428 |
| 3.4.2.1.3.1.1 | Bekräftigung des<br>technischen Datenschutzes                                   | 429 |
| 3.4.2.1.3.1.2 | Anforderungen an die<br>Zwecksetzung selbst                                     | 429 |
| 3.4.2.1.3.1.3 | Primärziel als Ansatzpunkt<br>der Datensparsamkeit                              | 430 |
| 3.4.2.1.3.1.4 | Beispiel eines Bezahlsystems  | 431 |



|               |  |     |
|---------------|--|-----|
| 3.4.2.1.3.2   | Gestaltung der<br>Datenverarbeitung allgemein                  | 432 |
| 3.4.2.1.3.2.1 | Der Grundsatz der<br>nichttechnischen<br>Datensparsamkeit      | 432 |
| 3.4.2.1.3.2.2 | Beispiele datenintensiver<br>Anwendungen                       | 433 |
| 3.4.2.2       | Technischer Datenschutz in der Datenschutz-<br>Grundverordnung | 435 |
| 3.4.2.2.1     | Struktur von Art. 25 Abs. 1 DS-GVO                             | 436 |
| 3.4.2.2.2     | Zielsetzung  | 437 |
| 3.4.2.2.3     | Adressatenkreis des technischen<br>Datenschutzes               | 438 |
| 3.4.2.2.4     | Risikobewertung im Rahmen von<br>Art. 25 Abs. 1 DS-GVO         | 439 |
| 3.4.2.2.4.1   | Rechtsgutsverletzungen   | 440 |
| 3.4.2.2.4.2   | Schäden  | 441 |
| 3.4.2.2.4.3   | Begehungsweisen und<br>Verarbeitungskontext                    | 441 |
| 3.4.2.2.4.4   | Risikostufen   | 443 |
| 3.4.2.2.5     | Maßnahmen  | 444 |
| 3.4.2.2.5.1   | Typische Maßnahmen   | 445 |
| 3.4.2.2.5.2   | Maßnahmen zur Transparenz                                      | 446 |
| 3.4.2.2.5.3   | Das Regelungskonzept der<br>normativen Standards               | 447 |
| 3.4.2.2.5.3.1 | Gemeinsamkeiten im<br>Daten- und im<br>Arbeitsschutzrecht      | 448 |
| 3.4.2.2.5.3.2 | Der Stand der Technik  | 449 |
| 3.4.2.2.5.4   | Widerspruch zum allgemeinen<br>Maßstab der Datenminimierung    | 450 |
| 3.4.2.2.5.4.1 | Technischer Datenschutz<br>und Datenminimierung                | 451 |
| 3.4.2.2.5.4.2 | Auswirkungen auf den<br>Maßstab der<br>Angemessenheit          | 453 |
| 3.4.2.2.5.5   | Implementierungskosten   | 454 |
| 3.4.2.2.5.5.1 | Berücksichtigung der<br>Leistungsfähigkeit                     | 455 |

|                 |   |     |
|-----------------|---|-----|
| 3.4.2.2.5.5.2   | Implementierungskosten<br>oder laufende Kosten                        | 456 |
| 3.4.2.2.5.6     | Abwägung auf der Grundlage der<br>Risikobewertung                     | 457 |
| 3.4.2.2.6       | Zwischenergebnis  | 459 |
| 3.4.2.2.7       | Beispiele für die Abwägung  | 460 |
| 3.4.2.2.7.1     | Versandhandel   | 460 |
| 3.4.2.2.7.2     | Persönliches Assistenzsystem  | 461 |
| 3.4.2.2.7.2.1   | Problematischer<br>Verarbeitungskontext                               | 462 |
| 3.4.2.2.7.2.2   | Denkbare technische und<br>organisatorische<br>Maßnahmen              | 462 |
| 3.4.2.2.7.2.3   | Bewertung   | 463 |
| 3.4.2.2.7.2.3.1 | Anonymous Credentials   | 464 |
| 3.4.2.2.7.2.3.2 | Pseudonymisierung   | 465 |
| 3.4.2.2.8       | Durchsetzung  | 466 |
| 3.4.2.2.8.1     | Aufsichtsbehördliches Handeln   | 466 |
| 3.4.2.2.8.2     | Durchsetzung durch den<br>Betroffenen und den Markt                   | 468 |
| 3.4.2.3         | Zweckkontrolle und Datensparsamkeit in der<br>DS-GVO                  | 468 |
| 3.4.2.3.1       | Eingeschränkter<br>Zertifizierungsmaßstab                             | 469 |
| 3.4.2.3.2       | Eingeschränkte Zweckkontrolle durch<br>die AGB-Kontrolle              | 470 |
| 3.4.2.3.3       | Zweckkontrolle durch die<br>menschengerechte Gestaltung der<br>Arbeit | 470 |
| 3.5             | Verfassungsrechtliche Vorgaben  | 471 |
| 3.5.1           | Der verbleibende Raum für verfassungsrechtliche<br>Anforderungen      | 472 |
| 3.5.1.1         | Bereiche außerhalb des Anwendungsbereichs<br>der DS-GVO               | 472 |
| 3.5.1.2         | Bereiche innerhalb der Öffnungsklausel in<br>Art. 88 DS-GVO           | 473 |
| 3.5.2           | Für die grundrechtlichen Vorgaben relevante Bereiche                  | 474 |

|             |  |     |
|-------------|--|-----|
| 3.5.3       | Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Beschäftigten           | 474 |
| 3.5.3.1     | Die Begründung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung             | 475 |
| 3.5.3.2     | Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung              | 477 |
| 3.5.3.3     | Notwendigkeit einer Ermächtigungsgrundlage                                 | 479 |
| 3.5.3.4     | Abwägungsfestigkeit des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung        | 480 |
| 3.5.3.4.1   | Bestimmtheit   | 480 |
| 3.5.3.4.2   | Verfahrensrechtliche Schutzvorkehrungen                                    | 481 |
| 3.5.3.4.3   | Verhältnismäßigkeitsprinzip  | 482 |
| 3.5.3.4.3.1 | Allgemeine Anforderungen   | 482 |
| 3.5.3.4.3.2 | Kriterien zur Abwägung der betroffenen Grundrechte                         | 483 |
| 3.5.3.5     | Ergebnis   | 484 |
| 3.6         | Folgen für das sekundär- und einfachgesetzlichen Datenschutzrecht          | 484 |
| 3.6.1       | Erlaubnistatbestände im Beschäftigtendatenschutz                           | 485 |
| 3.6.1.1     | Das Verhältnis der Erlaubnistatbestände untereinander                      | 485 |
| 3.6.1.1.1   | Leitbildfunktion von Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b DS-GVO                   | 486 |
| 3.6.1.1.2   | Das Verhältnis von § 26 BDSG zu den Regelungen der DS-GVO                  | 488 |
| 3.6.1.1.2.1 | Das Verhältnis der Generalklausel in § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG 2018 zur DS-GVO | 489 |
| 3.6.1.1.2.2 | Das Verhältnis der Regelungen zur Einwilligung in DS-GVO und BDSG 2018     | 491 |
| 3.6.1.2     | Die Datenverarbeitung zur Erfüllung des Arbeitsvertrags                    | 491 |
| 3.6.1.2.1   | Reichweite der Zwecksetzungsbefugnis                                       | 491 |
| 3.6.1.2.1.1 | Das Weisungsrecht als Ausdruck unternehmerischer Freiheit                  | 492 |

|               |  |     |
|---------------|--|-----|
| 3.6.1.2.1.2   | Konsequenzen für den Prüfungsaufbau und die Prüfdichte         | 493 |
| 3.6.1.2.1.2.1 | Übereinstimmende Prüfdichte in beiden Kontrollinstrumenten     | 494 |
| 3.6.1.2.1.2.2 | Gängiges Beispiel 1: Vertrauensarbeitszeit                     | 494 |
| 3.6.1.2.1.2.3 | Gängiges Beispiel 2: Art der Auszahlung des Arbeitsentgelts    | 496 |
| 3.6.1.2.1.3   | Personelle Einzelmaßnahmen als Anhaltspunkt                    | 497 |
| 3.6.1.2.1.3.1 | Betriebliche Gründe  | 498 |
| 3.6.1.2.1.3.2 | Unternehmerische Entscheidung                                  | 498 |
| 3.6.1.2.1.3.3 | Umsetzung der unternehmerischen Entscheidung                   | 499 |
| 3.6.1.2.1.4   | Strenger Ansatz zur Abgrenzung bei Assistenzsystemen           | 501 |
| 3.6.1.2.1.4.1 | Ansatz zur Missbrauchskontrolle                                | 501 |
| 3.6.1.2.1.4.2 | Beispiele  | 502 |
| 3.6.1.2.1.5   | Eingeschränkte Übertragbarkeit der Missbrauchskontrolle        | 503 |
| 3.6.1.2.1.6   | Ergebnis: Weiterer Ansatz zur Abgrenzung bei Assistenzsystemen | 505 |
| 3.6.1.2.2     | Konkrete Umsetzung nach dem Erforderlichkeitsprinzip           | 506 |
| 3.6.1.2.3     | Angemessenheit der Datenverarbeitung                           | 508 |
| 3.6.1.2.3.1   | Unterscheidung nach der Art des Zwecks                         | 508 |
| 3.6.1.2.3.1.1 | Einsichtnahme  | 508 |
| 3.6.1.2.3.1.2 | Kontrolle  | 509 |
| 3.6.1.2.3.2   | Kontrollfreie Räume  | 510 |

|             |   |     |
|-------------|---|-----|
| 3.6.1.3     | Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen         | 512 |
| 3.6.1.3.1   | Abgrenzung  | 512 |
| 3.6.1.3.2   | Legitime Interessen   | 513 |
| 3.6.1.3.3   | Erforderlichkeit und Interessenabwägung                       | 514 |
| 3.6.1.4     | Mitbestimmung   | 515 |
| 3.6.1.4.1   | Die Reichweite des Mitbestimmungstatbestands                  | 515 |
| 3.6.1.4.1.1 | Technische Einrichtung mit eigenständiger Überwachungswirkung | 516 |
| 3.6.1.4.1.2 | Konkrete Eignung zur Überwachung                              | 517 |
| 3.6.1.4.1.3 | Maßgeblichkeit der Systemgestaltung                           | 518 |
| 3.6.1.4.2   | Der Spielraum der Betriebsparteien                            | 519 |
| 3.6.1.4.2.1 | Europarechtlicher und mitgliedstaatlicher Handlungsrahmen     | 520 |
| 3.6.1.4.2.2 | Bisherige Rechtsprechungslinie zum nationalen Handlungsrahmen | 521 |
| 3.6.1.4.2.3 | Veränderungen aufgrund des europäischen Handlungsrahmens      | 522 |
| 3.6.1.5     | Einwilligung  | 523 |
| 3.6.2       | Spezifische Verarbeitungssituationen                          | 525 |
| 3.6.2.1     | Videüberwachung   | 525 |
| 3.6.2.1.1   | Erlaubnistatbestände für die Videüberwachung                  | 525 |
| 3.6.2.1.2   | Die Zulässigkeit der Verarbeitung                             | 527 |
| 3.6.2.1.2.1 | Videüberwachung zu Kontrollzwecken                            | 527 |
| 3.6.2.1.2.2 | Videüberwachung zur Einsichtnahme                             | 528 |
| 3.6.2.2     | Verarbeitung von Standortdaten                                | 530 |
| 3.6.2.2.1   | Die Zulässigkeit der Verarbeitung im Allgemeinen              | 531 |
| 3.6.2.2.2   | Ortung zu Kontrollzwecken                                     | 532 |
| 3.6.2.2.3   | Ortung zur Einsichtnahme                                      | 533 |

|               |   |     |
|---------------|---|-----|
| 3.6.2.3       | Verarbeitung von Betriebsdaten  | 536 |
| 3.6.2.3.1     | Zulässigkeit der Verarbeitung im Allgemeinen                            | 536 |
| 3.6.2.3.2     | Verarbeitung von Betriebsdaten zur Kontrollzwecken                      | 537 |
| 3.6.2.3.2.1   | Bezugspunkt der Erforderlichkeitsprüfung                                | 537 |
| 3.6.2.3.2.2   | Maßnahmen zur Senkung des Überwachungsdrucks                            | 538 |
| 3.6.2.3.3     | Verarbeitung von Betriebsdaten zur Einsichtnahme                        | 539 |
| 3.6.2.3.3.1   | Technische Schutzmaßnahmen als Prüfungsschwerpunkt                      | 540 |
| 3.6.2.3.3.2   | Einzelne Funktionalitäten   | 541 |
| 3.6.2.3.3.2.1 | Dokumentation und Analyse von Arbeitsvorgängen                          | 541 |
| 3.6.2.3.3.2.2 | Darstellung kontextbezogener Informationen                              | 542 |
| 3.6.2.4       | Übermittlung von Daten in Wertschöpfungsnetzwerken                      | 543 |
| 3.6.2.4.1     | Gemeinsame Verantwortlichkeit   | 543 |
| 3.6.2.4.1.1   | Voraussetzungen der gemeinsamen Verantwortlichkeit                      | 544 |
| 3.6.2.4.1.1.1 | Die Entscheidung des EuGH zu Facebook                                   | 544 |
| 3.6.2.4.1.1.2 | Die Entscheidung des EuGH zur Verkündigungstätigkeit der Zeugen Jehovas | 548 |
| 3.6.2.4.1.1.3 | Folgen für die Voraussetzungen der gemeinsamen Verantwortlichkeit       | 548 |
| 3.6.2.4.1.1.4 | Abgrenzung der gemeinsamen Verantwortlichkeit zur Übermittlung          | 550 |

|               |  |     |
|---------------|--|-----|
| 3.6.2.4.1.2   | Rechtsfolgen der gemeinsamen Verarbeitung                                | 551 |
| 3.6.2.4.1.2.1 | Der Grad der gemeinsamen Verantwortlichkeit                              | 552 |
| 3.6.2.4.1.2.2 | Die Folgen für Betroffenenrechte und die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung | 553 |
| 3.6.2.4.1.2.3 | Wirkweise der Privilegierung   | 554 |
| 3.6.2.4.1.3   | Gemeinsame Verantwortlichkeit in Wertschöpfungsnetzwerken                | 556 |
| 3.6.2.4.1.3.1 | Die Funktionen und Rollen im Industrial Data Space                       | 557 |
| 3.6.2.4.1.3.2 | Die Struktur der Plattform als gemeinsam festgelegtes Mittel             | 558 |
| 3.6.2.4.1.3.3 | Über die Plattform geschlossene Vereinbarungen                           | 559 |
| 3.6.2.4.2     | Erlaubnistatbestand  | 560 |
| 3.6.2.4.3     | Die Erforderlichkeit i.e.S.  | 561 |
| 3.6.2.4.4     | Interessenabwägung   | 562 |
| 3.6.2.4.4.1   | Gewichtung des Interesses  | 562 |
| 3.6.2.4.4.2   | Kriterien für die Abwägung   | 563 |
| 3.6.2.4.4.2.1 | Besondere Anforderungen an die Beteiligten                               | 563 |
| 3.6.2.4.4.2.2 | Mögliche Umsetzung in Wertschöpfungsnetzwerken                           | 565 |
| 3.6.2.5       | Automatische Entscheidung  | 566 |
| 3.6.2.5.1     | Anwendungsbereich der Norm   | 566 |
| 3.6.2.5.1.1   | Entscheidung   | 567 |
| 3.6.2.5.1.2   | Gegenstand und Grad der Automatisierung                                  | 567 |
| 3.6.2.5.1.3   | Qualität der Datenverarbeitung   | 569 |
| 3.6.2.5.1.3.1 | Ausnahmen für einfache Entscheidungen                                    | 570 |
| 3.6.2.5.1.3.2 | Umgang mit Fähigkeitsprofilen  | 571 |

|             |  |     |
|-------------|--|-----|
| 3.6.2.5.2   | Ausnahmsweise Gestattung   | 571 |
| 3.6.2.5.2.1 | Für die Vertragserfüllung<br>erforderlich                                  | 572 |
| 3.6.2.5.2.2 | Die übrigen<br>Gestattungstatbestände                                      | 574 |
| 3.7         | Fazit zum Beschäftigtendatenschutz   | 575 |
| 3.7.1       | Primärrechtliche Vorgaben und Anwendbarkeit                                | 575 |
| 3.7.2       | Konkretisierung datenschutzrechtlicher Anforderungen                       | 577 |
| 3.7.3       | Die Zulässigkeit der Datenverarbeitung in typischen<br>Situationen         | 579 |
| 4           | Abschließende Bewertung  | 582 |
| 4.1         | Die Entwicklungsszenarien der Arbeit und die Rolle der<br>Assistenzsysteme | 582 |
| 4.2         | Die Bindungswirkung im Arbeitsrecht  | 583 |
| 4.3         | Die Bindungswirkung im Datenschutzrecht                                    | 584 |
| 4.4         | Keine Umsetzungshindernisse durch das Recht                                | 585 |
|             | Literaturverzeichnis   | 587 |



## Abkürzungsverzeichnis

Für die verwendeten Abkürzungen sei auf *Kirchner, Hildebert*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Auflage, Berlin 2018, ISBN: 978-3-11-058005-1. verwiesen. Im Übrigen werden in den Fußnoten folgende Abkürzungen (Abkürzung/*Bearbeiter*) verwendet. Die genauen Angaben sind dem Literaturverzeichnis zu entnehmen.

|                      |   |
|----------------------|---|
| AR                   | <i>Dornbusch, Gregor/Fischermeier, Ernst/Löwisch, Manfred</i> (Hrsg.), AR, Kommentar zum gesamten Arbeitsrecht  |
| BeckOGK              | <i>Gsell, Beate/Krüger, Wolfgang/Lorenz, Stephan/Reymann, Christoph</i> (Hrsg.), beck-online Großkommentar  |
| BeckOK ArbR          | <i>Rolfs, Christian/Kreikebohm, Ralf/Giesen, Richard/Udsching, Peter</i> (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar Arbeitsrecht  |
| BeckOK BGB           | <i>Bamberger, Heinz Georg/Roth, Herbert/Hau, Wolfgang/Poseck, Roman</i> (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar BGB  |
| BeckOK DSR           | <i>Wolff, Heinrich Amadeus/Brink, Stefan</i> (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar Datenschutzrecht  |
| BeckOK GG            | <i>Epping, Volker/Hillgruber, Christian</i> (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar Grundgesetz  |
| BeckOK Info-MedienR  | <i>Gersdorf, Hubertus/Paal, Boris P.</i> (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar Informations- und Medienrecht   |
| BeckOK VwVfG         | <i>Johann Bader/Michael Ronellenfitsch</i> (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar VwVfG, mit VwVG und VwZG  |
| ErfK                 | <i>Müller-Glöge, Rudi/Preis, Ulrich/Schmidt, Ingrid</i> (Hrsg.), Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht  |
| MHdB ArbR            | <i>Kiel, Heinrich/Lunk, Stefan/Oetker, Hartmut</i> (Hrsg.), Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht   |
| MHdB ArbR (3. Aufl.) | <i>Richardi, Reinhard/Wlotzke, Otfried/Wißmann, Hellmut/Oetker, Hartmut</i> (Hrsg.), Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, Band 1 Individualarbeitsrecht, 3. Auflage |
| MüKo BGB             | <i>Säcker, Franz Jürgen/Rixecker, Roland/Oetker, Hartmut/ Limpert, Bettina</i> (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch                             |
| NK-GA                | <i>Boecken, Winfried/Düwell, Franz Josef/Diller, Martin/Hanau, Hans</i> (Hrsg.), Gesamtes Arbeitsrecht  |

